



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5328

25. September 2025

EU Democracy Shield – Europas Abwehrschirm gegen hybride Angriffe

Ein neuer Ernstfall wird zur neuen Normalität

Russische Drohnen und Militärflugzeuge verletzen seit Monaten in kurzen Abständen den Luftraum an der NATO-Ostflanke. Mal sind es Drohnen, die tief nach Polen eindringen, mal Kampfflugzeuge, die über der Ostsee ohne Transponder in die Nähe baltischer Grenzen fliegen. Jeder Vorfall für sich genommen bleibt militärisch kontrollierbar, doch in der Summe entsteht ein Muster: ein ständiges Austesten, wie weit sich die Grenzen verschieben lassen. Begleitet werden diese Aktionen fast regelhaft von digitalen Kampagnen, die Verwirrung stiften, Verantwortlichkeiten verschleiern oder Zweifel an den Darstellungen westlicher Regierungen säen. Dieses Wechselspiel aus physischer Provokation und Desinformation ist längst Alltag – und es markiert genau die hybride Bedrohungslage, auf die die Europäische Union mit ihrem neuen [Democracy Shield](#) reagiert.

Für Schleswig-Holstein ist das mehr als eine Ferndebatte. Als Ostsee-Anrainer mit zentralen Energie- und Datenverbindungen ist es selbst Teil der kritischen Infrastruktur, die im Visier hybrider Angriffe steht. Was Brüssel hier beschließt, wirkt also bis nach Kiel – auf die Sicherheit, die demokratische Kultur und die parlamentarische Arbeit im Norden.

Warum ein „Democracy Shield“?

Die Europäische Kommission verweist auf die strategische Bedrohungslage: autoritäre Staaten setzen hybride Mittel gezielt ein, um Demokratien zu destabilisieren. Nationale Antworten greifen zu kurz, weil Angriffe grenzüberschreitend verlaufen und digitale Plattformen nur im europäischen Rahmen reguliert werden können. Das „Democracy Shield“ soll diese Lücken schließen – durch Koordinierung, Bündelung und rechtliche Verbindlichkeit.

Der Ansatz ist kein völliger Neubeginn. Er baut auf dem [European Democracy Action Plan](#) von 2020 auf, geht aber deutlich weiter: Demokratiepoltik wird explizit als Teil europäischer Sicherheits- und Resilienzpolitik verstanden. Damit verschiebt sich der Stellenwert – vom „weichen“ Politikfeld hin zu einer sicherheitsrelevanten Kernaufgabe.

Bausteine des Shields

Das Shield zielt auf vier Felder: erstens die Abwehr von Desinformation und ausländischer Informationsmanipulation, zweitens die Absicherung von Wahlprozessen, drittens den Schutz unabhängiger Medien und viertens die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Konkret heißt das: Der [Digital Services Act](#) verpflichtet Plattformen, manipulative Netzwerke zu stoppen und algorithmische Prozesse transparent zu machen. Der [AI Act](#) adressiert den möglichen Missbrauch künstlicher Intelligenz in Wahlkämpfen. Der [European Media Freedom Act](#) stärkt redaktionelle Unabhängigkeit und schützt Journalistinnen und Journalisten vor missbräuchlichen SLAPP-Klagen – also strategischen Verfahren, die vor allem Einschüchterung und hohe Kosten verursachen sollen, um kritische Berichterstattung zu verhindern. Hinzu kommen Förderprogramme für Medienkompetenz und Bürgerbeteiligung, mit denen die Resilienz der Gesellschaft insgesamt gestärkt werden soll.

Politische Einordnung

Die Stärke des Shields liegt in seiner Breite: Es handelt sich nicht nur um ein weiteres Programm, sondern um einen Rahmen, der existierende Gesetzgebung bündelt und politisch aufwertet. Das birgt Chancen und Risiken. Einerseits signalisiert die Kommission, dass sie Demokratiepoltik nicht länger als „weiches“ Politikfeld behandelt, sondern in die gleiche Kategorie wie Energie- oder Sicherheitspolitik hebt. Andererseits ist der Shield kein eigenständiger Rechtsakt, sondern hängt an bereits bestehenden Dossiers. Seine Wirksamkeit wird davon abhängen, ob diese konsequent umgesetzt werden – und ob Mitgliedstaaten bereit sind, Kompetenzen tatsächlich in Brüssel zu bündeln.

[In ihrer Rede zur Lage der Union \(Straßburg, 10. September 2025\)](#) rahmte Kommissionspräsidentin von der Leyen den Shield ausdrücklich als Teil eines „Independence Moment“ Europas: Es gehe darum, „für unsere Werte und unsere Demokratien“ zu kämpfen und die Abwehrfähigkeit gegen Informationsmanipulation institutionell zu verankern. Angekündigt wurden ein *European Centre for Democratic Resilience* zur Bündelung von Monitoring- und Analysekapazitäten sowie weitere Maßnahmen zur schnelleren Durchsetzung gegenüber großen Plattformen. [Im Europäischen Parlament begleitet ein Sonderausschuss die Arbeiten.](#)

Die Ostsee als Testfeld

Für die Länder des Ostseeraums ist der Shield kein abstraktes Brüsseler Konzept, sondern unmittelbare Realität. Unterwasserpipelines, Energienetze und Datenkabel machen die Region verwundbar. Die Sabotage der Nord-Stream-Leitungen oder wiederholte Cyberangriffe auf baltische Netze haben gezeigt, wie konkret die Bedrohung ist.

Darauf reagiert auch die Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC). Mit der [Working Group on Strengthening Cyber and Information Resilience to Promote Democracy \(WG SCIRPD\)](#) hat sie ein Forum geschaffen, das sich mit dem Schutz kritischer Infrastruktur, hybriden Angriffen und demokratischer Resilienz befasst. Die Schnittstellen zum Democracy Shield sind offensichtlich: Während Brüssel den gesetzlichen und politischen Rahmen setzt, liefert die BSPC regionale Erfahrungen, die für die europäische Debatte unverzichtbar sind.

Offene Fragen

Noch ist vieles unklar. Welche finanziellen Mittel stehen dem Shield tatsächlich zur Verfügung? Wie weit darf Regulierung gehen, ohne die offene Debatte zu beschneiden? Und wie lässt sich sicherstellen, dass europäische, nationale und regionale Ebenen nicht nebeneinander, sondern miteinander handeln?

Die Kommission hat die öffentliche Konsultation abgeschlossen, konkrete Vorschläge zum Democracy Shield sollen in Kürze vorgelegt werden.